

# I Die Zwischenkriegszeit: Versöhnung durch Gewalt

11. November 1918: In Paris und London läuten die Siegesglocken; Deutschland hat in Compiègne den Waffenstillstand unterschrieben. In Berlin, das Kaiser Wilhelm II. vor seiner Abreise ins Exil nicht mehr betreten hat, beherrschen bewaffnete Arbeiter- und Soldatenräte das Straßenbild; hinter verschlossenen Türen ist der Machtkampf zwischen SPD und USPD, zwischen Revolutionären und Oberster Heeresleitung entbrannt. Aus Moskau ruft die Sowjetregierung die deutschen Arbeiter auf, „mit der Waffe in der Hand“ die Macht zu übernehmen, „eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden“. In Wien, das schon nicht mehr Hauptstadt eines Großreiches ist, verzichtet Kaiser Karl „auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften“, aber nicht auf den Thron, und weicht am Tag vor Ausrufung der Republik ins Schweizer Exil. In Prag tagt die Nationalversammlung, die drei Tage später die Einstweilige Verfassung verabschiedet. In Warschau wird Josef Pilsudski, eben aus deutscher Festungshaft entlassen, der Oberbefehl übertragen, drei Tage später auch die politische Gewalt, während in Ostgalizien bereits die Kämpfe mit der Ukraine um Lemberg entbrannt sind und im Westen der Aufstand in Posen vorbereitet wird. Rumänien ist drei Tage zuvor erneut in den Krieg gegen die Mittelmächte eingetreten, um seine territorialen Ansprüche gegenüber Ungarn und Bulgarien geltend zu machen.

Der Krieg ist zu Ende, aber der Friede hat keineswegs begonnen. In weiten Teilen Ost- und Südosteuropas gehen die Kampfhandlungen weiter, mit neuen Fronten und Teilnehmern; in Mitteleuropa gleitet er über in bürgerkriegsähnliche Kämpfe. Überall sind die *Folgen des Krieges* unabsehbar: in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in den Köpfen. Insgesamt 65–70 Mio. Männer haben in dem Krieg gekämpft, 10 Mio. sind gefallen, 21 Mio. wurden verwundet und verstümmelt. Die psychischen wie physischen Opfer von Hunger und Tod in der Zivilbevölkerung sind ungezählt. Unvorstellbare volkswirtschaftliche Werte sind buchstäblich in Rauch aufgegangen. Die Soldaten kehren in eine völlig veränderte Welt zurück, die für viele nicht mehr „Heimat“ ist. Die „Umwälzung alles Bestehenden“, die der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg im Juli 1914 erwartet hatte, ist eingetreten. Die Revolutionen in Russland, Deutschland, Österreich und Ungarn haben den Krieg beendet, sie sind aber erst der Anfang einer radikaleren Re-

volutionierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Diese wird in einen neuen, furchtbareren Krieg münden.

Mehr noch als die Erfahrung des Weltkrieges bestimmte die Enttäuschung des Friedens das politische, geistige und soziale Klima der 20er und 30er Jahre. Hinter der pompös inszenierten, eher erstarrten als stabilen Fassade des „alten“ Europa hatte sich seit der Jahrhundertwende ein fundamentaler Wandlungsprozess Bahn gebrochen, der den *Übergang in die industriegesellschaftliche Moderne* ankündigte. Der Krieg beschleunigte den Strukturwandel, ohne ihm eine neue Richtung zu geben. Wohl aber verschärfte er die sozialen und politischen Kosten dieses Prozesses, und vor allem steigerte er dessen Wahrnehmung als Fundamentalkrise. Diese Krise des alten Europa war längst vor 1914 diagnostiziert worden, Gegenstand einer Debatte bangender oder hoffender Zeitgenossen. Der Kriegsausbruch 1914 galt vielen als „reinigendes Gewitter“, als „Befreiung“, als „Erlösung“, als Chance zu radikalem Neubeginn – voran in die Zukunft oder zurück in die Vergangenheit. Das hat dazu beigetragen, den Krieg zum mythologisierten Erlebnis werden zu lassen, weil er seinen eigentlichen Zweck schon vor dem ersten Schuss erfüllt hatte: die Zerstörung der alten Welt.

Doch wie die „schöne neue Welt“ nach dem Kriege aussehen werde, aussehen könne, darüber gab es nur wenig präzise Vorstellungen. Das Ausmaß und die *Geschwindigkeit der Veränderungen* stellte Regierende wie Regierte vor die Aufgabe einer Neuorientierung und Neugestaltung, der die einen wie die anderen oft hilflos gegenüber standen. Die berufenen Regulierungsinstanzen mussten ihre Rolle unter den veränderten Bedingungen angesichts der fließenden Rahmenbedingungen neu bestimmen und diesen ihre Handlungsmodi anpassen: Der sozialen Neuformierung war Rechnung zu tragen, den veränderten Bedingungen des Wirtschaftens, den Herausforderungen technologischer Innovation, der Verschiebung der globalen Mächteverhältnisse.

Bald zeigte sich: Es gab keinen wirklichen Sieger dieses Krieges, weder zwischen den Nationen noch zwischen den sozialen Gruppen. Der Krieg hinterließ eine „*zerbrochene Welt*“, erschütterte etablierte Gewissheiten und verbürgte Bedeutungen; die neue Zeit gewann kein Gesicht, keine fassbaren Konturen. Zwar hatte der Krieg neue politische Steuerungsmittel an die Hand gegeben, neue wirtschaftliche Organisationsformen entwickelt, neue soziale Bündnisse ermöglicht; doch die revolutionierende Wirkung des Krieges erwies sich in der kollektiven Erfahrung als ein derart fundamentaler Bruch, dass in der Ernüchterung des Friedens die sozialen und politischen Kosten für eine Fortschreibung dieses Wandels als zu hoch erschienen.

Die dynamische Wucht, mit der sich seit dem späten 19. Jahrhundert Europa veränderte, erzeugte bei den Zeitgenossen das verunsichernde Gefühl, in einer „*Übergangszeit*“ (Karl Lamprecht) zu leben. Zurück blieben „Angst“, „Panik“, „Entwurzelung“, „Entfremdung“, „Heimatlosigkeit“. In der anhaltenden Extremsituation von Revolution und Bürgerkrieg, von Wirtschaftskrise und individueller Not erhielt Freiheit einen Tauschwert, sie wurde zur

„Ware“, die gegen „Sicherheit“ eingehandelt wurde. Das Vakuum der Freiheit, der Verlust eines Korsetts normativer Verbindlichkeiten, die Suche nach neuer Sinnvergewisserung und Orientierung, nach umfassender Sicherheit in allen Lebensbezügen begünstigten die „Flucht aus der Freiheit“ (Erich Fromm), die Flucht in geschlossene weltanschauliche Systeme und radikale Lösungsangebote. Es blühte die autoritäre Sehnsucht, deren Triebkraft die Erinnerung an das eben erst zerstörte Gestern wurde, nicht die Zuversicht in das möglich gewordene Morgen. Die Vergangenheit war verloren, die Zukunft nicht gewonnen. Es war das Paradoxon der Epoche, dass angesichts der individuellen wie der kollektiven Krisenerfahrung der Wille, die Moderne durch „Rückkehr“ zu überschaubarer Lebensordnung zu zähmen, zu einer Dynamisierung des Modernisierungsprozesses führte – wenngleich wider Willen, sowohl auf Seiten der Regierenden wie der Regierten. Die Diskrepanz zwischen der Erfahrung verlorener Gemeinschaft und der Erwartung neuer Vergemeinschaftung konnte mit propagandistischen und ideologischen Mitteln einerseits, durch autoritäre Befriedung andererseits überbrückt werden. Doch um welchen Preis.

Die *Versöhnung* der als unvereinbar wahrgenommenen Gegensätze war die herkulische Aufgabe in dieser orientierungslosen Übergangszeit; die Versöhnung von Gestern und Morgen, von Beharrung und Dynamisierung, von Stadt und Land, von agrarischer Mentalität und industriegesellschaftlichen Lebensformen, die Versöhnung der Klassen, bald auch der Generationen und der Geschlechter, die Versöhnung der Kriegs- und Bürgerkriegsgegner, die Versöhnung selbst individueller Lebenswelten und Bewusstseinslagen. Die diffuse Suche nach Ordnung, Sicherheit und Geborgenheit, nach harmonischer „Ganzheitlichkeit“ begünstigte die Extreme, deren Lösungsangebot zur Versöhnung der Gegensätze die Gewalt war, nach innen wie nach außen. Dass dies auf neuen Krieg, auf gesteigerte Verunsicherung, auf das Infragestellen jeder Ordnung hinauslief, haben lange Zeit wenige geahnt und noch weniger gewollt. Doch schien es das Risiko, das Opfer wert, wenn der Verzicht auf Freiheit zugunsten der Sicherheit überhaupt als ein solches verstanden wurde.

Die vielfältigen Diktaturen und autoritären Regime waren Ausdruck dieses Versuches, die immanente Widersprüchlichkeit durch Zwang zu überwinden, durch selektive Aneignung der *Moderne* unter Vermeidung bzw. Revision ihrer Fehlentwicklungen. Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus waren nur die extremsten Antworten auf die unversöhnten Gegensätze. Das Versprechen neuer „Totalität“ – notfalls totalitär, also mit Gewalt, herbeizuführen – schuf, wenngleich unter gegensätzlichen Vorzeichen, plebiszitäre Zustimmung breiter Kreise quer durch die sozialen Gruppen und politischen Lager. Befreiungshoffnung führte zur Selbstunterwerfung. Die Diktatur wirkte nach einem Wort Paul Valéry's so ansteckend wie einst die Freiheit. Der Versöhnungsanspruch einer „alternativen“, einer „organischen“, einer „moralischen“, einer „integralen“ Moderne begründete Zustimmung; auch Terrorregime können, zumindest auf Zeit, Konsensdiktaturen sein.

Dem Jahr 1930 kam der Charakter einer *Epochenzäsur* zu. Hier endete eigentlich erst die Nachkriegszeit mit ihrem Versuch einer Rückkehr zur „Normalität“. Die Kräfte der Zerstörung, der Krieg, die imperialistische Konkurrenz schienen gebändigt, der Bolschewismus wie der Faschismus in je einem Lande unter Quarantäne gestellt, die radikalen Kritiker der Moderne auf politische Zirkel begrenzt, die ethnischen und sozialen Disruptionen in Osteuropa autoritär kontrolliert. Die Regierungen hatten auf die Nachkriegskrise im wesentlichen mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts zu antworten gesucht. Weltkrieg, Demobilmachung und Finanzkrise zwangen Anfang der 20er Jahre den Staat zu weitreichenden Interventionen, doch galt das meist als bloßes Übergangs- und Notstandsphänomen auf dem Weg zurück zur „Normalität“. Die Wirtschaftskrise zerriss den dünnen Schleier vermeintlicher Stabilität und diskreditierte die neue Ordnung und die neuen Eliten unwiderruflich, deren fehlende Krisenlösungskompetenz in ernüchternder Schonungslosigkeit vor aller Augen stand. Wirtschaftslenkung und Arbeitsbeschaffung wurden die neuen Instrumentarien der 30er Jahre, die jedoch vielfach erst nach dem Scheitern der parlamentarischen Demokratien voll wirksam wurden, werden konnten. Denn der Liberalismus vermochte die akuten Probleme des industriegesellschaftlichen Modernisierungsprojektes ebenso wenig zu bewältigen wie der traditionelle Konservatismus der Vorkriegszeit. Die wirkliche Versöhnung mit der industriegesellschaftlichen Moderne erfolgte erst nach 1945, als die Folgen des Zweiten Weltkrieges überwunden und die Zwischenkriegsgeneration in ihrer sozio-kulturellen Gestaltungshegemonie allmählich abgelöst wurden.

Der Kampf um die Moderne, für oder gegen diese, war der Kernkonflikt der Zwischenkriegszeit. *Modernisierung* wird heute als ein ebenso unausweichlicher wie unumkehrbarer Veränderungsprozess verstanden. Als seine Merkmale gelten die sich beschleunigende, von Wissenschaft und Technik getragene Industrialisierung, Individualisierung, soziale Mobilisierung und Differenzierung im Zuge eines Prozesses, der gekennzeichnet ist durch Urbanisierung, Wertewandel und Bedeutungsverlust von Religion und Magie, durch politische Demokratisierung, Bürokratisierung und Verrechtlichung, steigende Rationalität des Verwaltungshandelns, Institutionalisierung des Konfliktaustrages, wachsende Regulierung aller gesellschaftlichen Bezüge durch den unregulierten Markt und/oder den interventionistischen Staat, Ersatz sozialer Solidarinstanzen (Familie, Nachbarschaft) durch staatlichen Geldtransfer, abnehmende soziale Unterschiede und Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land sowie Standardisierung des Alltags durch Medien, Moden und Massenkonsum.

Als aufklärerisches Projekt trat Modernisierung um 1800 als die Formulierung von Zukunftserwartungen, als Glaube an den „*Fortschritt*“, als Erfahrung eines neuen Abschnittes der Menschheitsgeschichte in das europäische Denken ein. Immer schärfer wurde das Vor-Moderne oder Traditionale von der neuen, von der Französischen wie von der Industriellen Revolution geprägten Entwicklung getrennt. Um 1900 war ein Stadium erreicht, das das Überwiegen der modernen Tendenzen gegenüber den traditionellen Struk-

turen ankündigte. Charles Baudelaire hatte 1860 „modernité“ definiert als das Vergängliche, Flüchtige, Zufällige. 1887 wurde „Moderne“ als epochencharakterisierender Kollektivsingular geprägt; „modern“ war um 1890 ein verbreitetes Schlagwort. Das signalisierte eine veränderte Weltsicht, die nicht mehr allein Gegenstand des politisch-philosophischen Diskurses war, sondern Erfahrungsort alltäglicher Lebenspraxis wurde, kein Zielpunkt idealistischer Zukunftsentwicklung, sondern Auseinandersetzung mit einer sich beschleunigt verändernden Gegenwart. Die „Moderne“ wurde erfahren als chaotische Gemengelage pathologischer, weil unvereinbarer Antinomien: von Universalismus und Partikularismus, Kollektiv und Individuum, Differenzierung und Einheit, Konformität und Individualität, Sicherheit und Selbstverantwortung, Bindung und Freiheit, Rationalität und Irrationalismus. Für Friedrich Nietzsche definierte die Unvereinbarkeit der Gegensätze „beinahe die Modernität“.

Die nüchterne Rationalität wissenschaftlicher Welterklärung und die darauf gründende Fortschrittsgewissheit machte mit den Triumphen des menschlichen Geistes den Zeitgenossen die Ohnmacht des Menschen eigentlich erst deutlich. Der Glaube an eine „natürliche“ Ordnung, die Hoffnung auf die Ganzheitlichkeit menschlicher Existenz und die Gewissheit absoluter Erkenntnis zerstoßen buchstäblich angesichts der Relativität der Natur (Albert Einstein) und des Menschen (Sigmund Freud) sowie infolge der Aufhebung von Kohärenz in der Unübersichtlichkeit pluralistischer Vielfalt. Die Beschleunigung des Transports der Informationen und der Güter, des Reisens und des täglichen Verkehrs, des Geschmacks und der Moden drohte das Gewordene, die Tradition zu zerstören, das Morgen vom Gestern zu trennen, Herkunft und Ziel zu spalten, den Weg zwischen beiden unkenntlich zu machen und den modernen Menschen zu einer nomadenhaften Existenz der „Ortlosigkeit“ zu verurteilen. Was die Futuristen als revolutionär begrüßten, fürchteten die Kulturpessimisten als Auflösung.

Das *Krisenbewusstsein* nach 1900 beruhte nicht allein auf der Ablehnung von „Fortschritt“ als kultureller und moralischer Dekadenz, sondern auch auf der Erwartung, dass dieser sich durch die Auflösung von Ordnung und Gemeinschaft selbst zerstören werde. In ihrer Selbsterzeugung und damit in ihrer vermeintlichen Unausweichlichkeit lag der eigentliche Kern der „Krise“, die „Erlösung“ nicht mehr zuließ. Indem die Komplexität der modernen Welt das individuelle Auffassungs-, Bewältigungs- und Synthesevermögen überforderte, wurde auch der aufklärerische Glaube an die „Selbsterlösung“ des Individuums hinfällig. Waren die Antinomien rational nicht auflösbar, mussten andere Wege versöhnender Synthese beschritten werden. Max Weber und José Ortega y Gasset ahnten bereits, dass die Zweckrationalität der Moderne eine Rückwendung zum Irrationalen provozieren, die Auflösung der Welteinheit zum Rückzug in Glaubenssysteme führen werde. Der Versuch, „rationale“ Entwürfe fundamentalistischer Welterklärung und Weltbewältigung mit irrational-emotionalen Mitteln gegen die Betroffenen durchzusetzen, sollte die Zwischenkriegszeit prägen. Das intellektuelle Versagen gegenüber der Interpretation der neuen Welt führte zunächst zur Flucht aus

der Welt, dann zur Zuflucht in geschlossenen Glaubenssystemen, die eine heilsabsolute Zukunft versprochen.

Nach 1918 verbreiterte sich das Krisengefühl vom intellektuellen Randdiskurs zum Mainstream des „*Zeitgeistes*“, der einen Fundus gemeinsamer Grundüberzeugungen und daraus abgeleiteter Zielvorstellungen bereitstellte, die Verhalten und Handeln prägten und zugleich in ihren Optionsmöglichkeiten begrenzten. Doch gab es jenseits der weitgehenden Übereinstimmung in der Diagnose kaum konkrete Vorstellungen über eine mögliche Therapie, geschweige denn einen Konsens. Allein der Glaube an den fundamentalen Charakter der Krise trug zu deren Verschärfung bei, indem er pragmatische Lösungen erschwerte. Er entsprach zugleich der alltäglichen individuellen wie kollektiven Lebenserfahrung in der Permanenz der Krise, in der alle tradierten Maßstäbe und Handlungsmuster als unzureichend außer Kraft gesetzt schienen. Damit wurde der Weg frei für eine Politik mit der Krise: Deren Verschärfung schien Voraussetzung ihrer Überwindung, die Katastrophe als Katharsis, als Durchgangsstadium zur Errettung.

Die Geschwindigkeit der Wandlungsprozesse und die rasch wechselnden Konjunkturen verkürzten die Zeiträume, für die die Menschen mit einigermaßen konstanten und berechenbaren *Lebensverhältnissen* rechnen konnten. Die Außenwelt wurde fragwürdiger, die Innenwelt komplizierter. Eingelebte Weltdeutungen entsprachen nicht mehr der alltäglichen Welterfahrung; Lebensentwurf und Lebensführung waren immer weniger in Deckung zu bringen. Die individuelle wie die kollektive Synchronisation von Bedürfnissen, Handlungsgewohnheiten und Erwartungshaltungen einerseits, von traditionsverbürgten Normen und Verhaltensweisen in Alltag, Arbeitswelt, Sozialbeziehungen und Politik andererseits wurde in Frage gestellt, dem marktbestimmten Auswahlprinzip unterworfen: der subjektiven Entscheidung wie der objektiven Auslese. Aus den wachsenden Diskrepanzen entstanden Desorientierung und schließlich Verweigerung. Die verzögerte, gescheiterte oder verweigernde kulturelle Anpassung, der „*cultural lag*“ (William F. Ogburn), ließ „unmoderne Menschen in der modernen Welt“ leben (Ralf Dahrendorf). Der schrumpfende Bestand an Gemeinsamkeiten und Werten erschwerte die Durchsetzbarkeit richtunggebender Steuerungsleistungen durch ein auf Kompromiss und Konsens ausgerichtetes politisches System. Die Permanenz der Krisenerfahrung gestattete keinen erfolgreichen Lernprozess im Umgang mit dieser Revolutionierung aller Lebensverhältnisse. Der Radikalität der Herausforderung entsprach die Radikalität der Lösungsansätze, die einen pluralistischen Pragmatismus nicht zuließ – und nicht zulassen wollte. Das Zeitalter der „Angst“ war insofern ein „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm), ein Zeitalter der Gewalt.

*Gewalt*, die instrumentell der Durchsetzung von Zwecken dient, ist jeder Gesellschaft und jedem staatlichen Verband immanent. Der moderne Staat ersetzt, wie Hannah Arendt es formuliert hat, die Herrschaft des Menschen und die unregelte Ausübung direkter Gewalt einerseits durch die Herrschaft des Rechts, also durch gesetzte oder vereinbarte Normen. Er wendet andererseits direkte oder indirekte Gewalt gegen diejenigen an, die die Nor-

men überschreiten. Solange die Ausübung staatlichen Zwanges als Ergebnis des einvernehmlichen Zusammenwirkens von Menschen, einschließlich der Gewalt zur Durchsetzung des Rechts, mehrheitlich als legitim angesehen wird – und zwar unabhängig von der Art der Rechtsetzung und der Begründung der staatlichen Legitimität –, bleibt der staatliche oder soziale Verband stabil. Sobald das nicht mehr der Fall ist, ist Bürgerkrieg die Folge. Die Grenze zwischen Gewalt und Macht (bzw. Autorität) ist jedoch stets eine schmale, weil kulturell ausgehandelte; der jeweilige Modus bleibt relativ, weil die Zuebilligung von Legitimität nicht per se an absolute Maßstäbe gebunden ist bzw. historisch nicht an solche gebunden war.

Gewalt bzw. *Gewaltsamkeit* ist des weiteren ein Handlungsmodus, der auf die absichtliche Verletzung oder Vernichtung von Personen und Sachen gerichtet ist: rational mit erkennbarer sozialer und politischer Funktion, irrational als Selbstzweck und gegen austauschbare Objekte. Der offene (spontane oder organisierte) Ausbruch von Gewaltsamkeit ist zumeist Symptom für eine Machtkrise: entweder Anzeichen für den Verfall der regulären Machtressourcen infolge politischer Desintegration und Legitimitätsverluste, Ausdruck der Bereitschaft herrschender Eliten, ihre Machtpositionen gegen neue, konkurrierende Eliten bzw. Ansprüche der Massen zu verteidigen, oder Mittel aufsteigender Gegeneliten zur Durchsetzung ihrer Ansprüche oder Ergebnis der gewaltbewehrten Empörung der Machtlosen gegen Verarmung, ungerechte Verteilung bzw. zu raschen sozialen Wandel. Voraussetzung ist, dass in der subjektiven Wahrnehmung der Betroffenen eine bestimmte Grenze als überschritten und Gewaltsamkeit als „Notwehr“ legitimiert erscheint.

Gewalt ist schließlich „strukturelle Gewalt“, für Sigmund Freud das Wesen der Zivilisation schlechthin. Dieses Konzept, wenngleich umstritten, meint Formen indirekten Zwanges, die Freiheiten begrenzen und Lebensbedürfnisse unterdrücken. Dazu rechnet die anonyme Gewalt, die sowohl von den Strukturen ausgeht, wie sie durch den Wandel von Wirtschaftsweisen oder Lebensformen eigenläufig entstehen, als auch von sozialpädagogisch vermittelten Verhaltensweisen, kulturellen Praktiken, moralischen Wertordnungen, sozialer Kontrolle oder gesellschaftlichem Ansehen. Diese Zwänge werden internalisiert und fraglos befolgt, Abweichungen aber durch Stigmatisierung, Ausgrenzung und Positionsverlust bestraft. Zu einem disziplinierenden Instrument indirekter Zwangsausübung wurde die Sozialpolitik. Sie band Leistungen an bestimmte Verhaltensweisen und insofern an Wertnormen; sie erzwang eine „rationale“ Lebensführung durch die Architektur von Stadt- und Wohnraum; sie presste die individuelle Lebensführung in das Interessenkorsett industriegesellschaftlicher Funktionalität und Effizienz. Im Extremfall sanktionierte sie nicht nur biologische, sondern auch soziale Normabweichung durch Maßnahmen, die bis zu Zwangssterilisierung und Euthanasie reichten.

Die Zwischenkriegszeit war von einer verwirrenden *Kumulation gewaltbegünstigender Konstellationen* geprägt. Die Krisenhaftigkeit ging zum einen auf die (durch den Weltkrieg verschärften) Wirkungen und Kosten des be-

schleunigten Strukturwandels auf dem Wege zu einer industriell-urbanen Massengesellschaft zurück. Zum anderen erwies sich die Kumulation der Krisen in Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Kultur vor dem Hintergrund des verbreiteten Krisenbewusstseins und der real erfahrbaren (Welt-)Wirtschaftskrise(n) durch parlamentarische Formen der Konsensbildung und Interessenwahrnehmung nicht oder nur mit Mühe steuerbar. Zum dritten führte die verspätete Ausbildung eines kulturellen Koordinierungswissens zwischen den sich auseinanderentwickelnden Lebenssphären von Arbeit, Familie und Freizeit, zwischen tradierten Gewohnheiten und neuen Anforderungen zu einer verzweifelten Rebellion gegen die „Moderne“, gegen soziale Entfremdung, ethnisch-kulturelle Entwurzelung, weltanschauliche Heimatlosigkeit und gesellschaftlichen Wertezersfall. Bezeichnend für die Ziellosigkeit dieser Gewalt war die Beliebigkeit der Feindbilder: Kapitalismus, Sozialismus, Liberalismus, Internationalismus, das „Judentum“. Der ziellosen Beliebigkeit entsprach die Entgrenzung der Gewaltausübung, der Fundamentalismus in Krisensemantik und Krisenlösungsversuchen.

Freilich bestand in Europa ein starkes *Ost-West- und zugleich Nord-Süd-Gefälle*. Diese vielfach gebrochene Asymmetrie ergab sich aus dem Entwicklungsstand vor 1914 und dem Handlungsdruck nach 1918. Der Grad der äußeren Nationalstaats- wie der inneren Nationsbildung, das Verhältnis von industriellem und agrarischem Sektor, der Stand der Klassenbildung und der Klassenbeziehungen, die Erfahrung mit parlamentarischen Entscheidungsverfahren bzw. sozio-ökonomischen Streitschlichtungsmodalitäten waren dafür ebenso prägend wie die Bewertung des Kriegsergebnisses bzw. der Friedensperspektive. Als am stärksten konsolidiert erwiesen sich die Verfassungsstaaten Westeuropas, die ihren doppelten Status als Sieger- und Weltmächte auskosten konnten. Aber auch hier, wie in den Benelux-Staaten oder der Schweiz, veränderten sich unter dem Druck des allgemeinen Wahlrechts und der Massendemokratie die Formen des Konfliktaustrags. Geringer war der Veränderungsdruck in den neutralen Staaten Nordeuropas, obwohl auch sie von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges, den ideologischen der russischen Revolution und den politisch-sozialen des Modernisierungsprozesses nicht unberührt blieben. Die neutralen Staaten der iberischen Halbinsel, rückständiger als die Nordeuropas, wurden bereits während des Krieges von Revolutionen erschüttert und durch Militärdiktaturen gewaltsam befriedet.

In Ost- und Südosteuropa, wo aus der Konkursmasse der Großreiche Österreich-Ungarn und Russland (sowie des Osmanischen Reiches, das hier unberücksichtigt bleibt) neue oder neugestaltete, ethnisch, ökonomisch und sozial äußerst heterogene, weil aus strategischen Gründen territorial teils künstlich zugeschnittene Staaten hervorgingen, war der Einbruch der Moderne am radikalsten. Die *nachholende Modernisierung* bot ihnen (wie der Sowjetunion) prinzipiell die Chance, die mühseligen Lernprozesse ihrer Vorbilder zu vermeiden und auf einem hohen technologischen Niveau in diesen Prozess des Aufholens einzusteigen. Das beflügelte vor allem die Technokraten, die dabei übersahen, dass ihnen die Verwerfungsprozesse der Moderni-

sierung nicht nur nicht erspart blieben, sondern dass der beschleunigte Nachahmungsprozess diese noch verstärkte, dass kollektive Mentalitäten und Verhaltensweisen eine langsamere Zerfallszeit haben als soziale und ökonomische Strukturen, dass die Übernahme fortgeschrittener Technologien und Sozialinstitutionen soziale Kosten, kulturelles Kapital und finanzielle Investitionen erforderte, die ihre Ressourcen überstiegen und die Menschen überforderten. Entsprechend schmal waren die Aussichten auf innere Konsolidierung und äußere Sicherung; anders als durch Königs- oder Militärdiktaturen schienen die Konfliktlagen in den 30er Jahren nicht mehr zu bewältigen.

Mit der *Sowjetunion*, die sich außenpolitisch vorübergehend aus Europa zurückzog, aber doch als Zentrale der kommunistischen Bewegung stets auf dieses einwirkte, und mit den USA als der kapitalistischen Vormacht rückten nicht nur zwei prinzipiell anders dimensionierte Machtfaktoren in den Bannkreis Europas, sondern auch neue, geradezu konträre soziale und kulturelle Leitbilder. Mit dem bolschewistischen Russland und dem kapitalistischen Amerika standen die beiden Extremvarianten des Modernisierungsprozesses vor den Türen Europas, die bislang mehr als Schreckbild von Materialismus, Egalitarismus und Kulturlosigkeit beschworen, denn als reale Bedrohung erwartet worden waren.

*Deutschland* lag im Schnittpunkt dieser Achsen, nicht allein aufgrund seiner geopolitischen Mittellage, sondern auch infolge des inneren Ost-West-Gefälles in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur wie der politischen Kultur. Und es sollte nach 1933 in der Hand Deutschlands liegen, das europäische Gesamtgefüge aus dieser Mitte heraus zu zerstören.

Es gab mithin in ganz Europa stark irritierte, weil infolge von revolutionärem Druck und/oder Reformzwang instabile *Übergangsgesellschaften*, die von Anpassungsdauerkrisen unterschiedlicher Intensität und Verlaufsgeschwindigkeit geprägt waren. Die historisch eingeführten, von den Siegermächten aufgezwungenen, von den revoltierenden Massen erzwungenen oder aus pragmatischen Erwägungen kopierten Modernisierungsagenturen: Parlamente, Parteien, Verbände, erwiesen sich als hoffnungslos überfordert, Richtungs- und Verteilungsentscheidungen konsensual zu regulieren bzw. durch Mehrheitsvotum durchzusetzen. In dem Maße, in dem die nationale Solidarität durch anhaltende Klassenkämpfe in Frage gestellt wurde, gewannen nicht nur integrale Gemeinschaftsvorstellungen und autoritäre Korporativismusmodelle quer durch das gesamte Parteienspektrum Konjunktur, sondern es bahnte sich auch die alte Lösung neue Wege, die unlösbaren nationalen Verteilungskämpfe auf der zwischenstaatlichen Ebene zu überwinden. Damit war das amerikanische Modell des universellen Freihandels zum Scheitern verurteilt, ebenso die damit einhergehende pazifistische Hoffnung auf friedlichen, weil rationalen Interessenausgleich durch internationale Vermittlungsorgane wie den Völkerbund. Nicht die indirekte Kontrolle von Märkten, sondern der unmittelbare Besitz von Land blieb, wie schon im Zeitalter des Hochimperialismus vor 1914, der prägende Maßstab in einem globalen Null-Summen-Spiel, das im Stile des 19. Jahrhunderts Krieg und mi-

litärische Gewalt als letzte Mittel der nationalen Existenzsicherung legitim erscheinen ließ. In dem Maße, in dem sich dieser Rückgriff auf den nationalen Machtstaatsgedanken auf der internationalen Ebene durch die Herausbildung immer stärker abgeschlossener Präferenzzonen, Einflussräume, Imperien und Kolonialreiche wiederholte, steuerte Europa auf einen neuen Krieg zu. Aus der Weigerung, die Konsequenzen aus der Unumkehrbarkeit industriegesellschaftlicher Modernisierung zu akzeptieren, zogen die politikentscheidenden Eliten ihre Legitimation für den Versuch einer umfassenden Revision der Ergebnisse von 1918. Die gleiche Verweigerung motivierte auch die zwar nicht enthusiastische – das verbot die Erinnerung an den vorherigen Krieg –, aber doch bittere Entschlossenheit der Völker, ihren Führern in den neuen Weltkrieg zu folgen.

Diese Überlegungen bestimmen die Struktur des Bandes. Ausgangspunkt ist der zeitgenössische (intellektuelle) Diskurs über Fortschritt und Kulturkrise. Dem folgt die Analyse des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels, seiner Zwänge und Begrenzungen, seiner neuen Tendenzen und Herausforderungen, der staatlichen Steuerungsversuche und gesellschaftlichen Veränderungswirkungen. Der dritte Teil wendet sich den realen Lebenswelten der Bevölkerung zu, in Stadt und Land, in Arbeitswelt und Massenkonsum, in Familie und Freizeit. Der allgemeine Strukturwandel traf hier nicht nur auf überhängende Bewusstseinsbestände, sondern er zog zugleich heterogene, auch von den Betroffenen als widersprüchlich empfundene Veränderungen nach sich: Differenzierung und Angleichung, Verdichtung und Entgrenzung, Disziplinierung und Partizipation. Krisengefühl und Realkrise, struktureller Wandel und lebensweltliche Verunsicherung trafen sich, dies ist das Thema des vierten Abschnitts, auf der politischen Artikulations- und Handlungsebene: in der Organisation von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen, in den gewalthaften sozialen und politischen Kämpfen, in den Entscheidungen über das Regierungssystem. Auf der staatlichen Ebene tritt sodann im fünften Kapitel die Außenpolitik in den Blickpunkt, als ein weiterer rahmensetzender Aspekt, der Krisen lösen wie auslösen konnte, macht- und wohlstandsverteilende Wirkungen hatte, aber auch Kampfplatz der Ideologien wurde. Hier feierte die Gewaltbereitschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre extremen Orgien, deren Zerstörungsleistung in der europäischen Geschichte keine Parallele hat. Und schließlich kann eine Geschichte der Zwischenkriegszeit nicht enden ohne eine Betrachtung der besonderen Rolle Deutschlands. Wohl standen alle europäischen Gesellschaften vor strukturell gleichen Problemlagen, doch waren die gewählten Wege und Mittel durch die jeweiligen Ausgangspositionen bestimmt. Dabei gab es objektive, innere wie äußere, Vorgaben und politische Optionen, die den gewählten Pfad mitbestimmten: zum einen die nachholende und nachahmende Industrialisierung im Rahmen nationalstaatlicher und nationalwirtschaftlicher Organisation, zum anderen der politisch-institutionelle Rahmen der sozialen Ausgestaltung. Vier Modelle standen idealtypisch zur Wahl: das anglo-amerikanische, das bolschewistische, das italienisch-deutsche sowie das